

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 8 – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 260.17 / 20.09.2017

Die guten pädagogischen Reformen an den Gymnasien müssen auch in G9 erhalten bleiben

Mit unserem Gesetzentwurf zur Rückkehr zu G9 machen wir jetzt Nägel mit Köpfen. Politisch haben wir dies in den Koalitionsverhandlungen entschieden, jetzt folgt die fachliche Umsetzung durch die Änderung des Schulgesetzes.

Es ist kein Geheimnis, dass wir Grüne keine Fans der Umstellung sind – obwohl wir G8 bei der Einführung abgelehnt hatten. Die Signale aus den Schulen und auch aus dem Bildungsdialog in der vergangenen Wahlperiode zeigten eine ziemlich große Zufriedenheit mit G8. Aber der Wind hat sich binnen kurzer Zeit gedreht. Die große Mehrheit der WählerInnen will zurück zu G9.

G9 liegt im Trend: Niedersachsen ist flächendeckend zurückgekehrt, in Bayern ist es beschlossen und in Nordrhein-Westfalen steht es im Koalitionsvertrag. Rheinland-Pfalz hatte die Umstellung gar nicht mitgemacht.

Es gibt auch gute Gründe für G9: Die Jugendlichen haben mehr Zeit für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit, sind reifer und sie sind volljährig, wenn sie in ihre weitere Ausbildung gehen. Lehrkräfte sagen, es gibt mehr Zeit für Vertiefung und auch für Projektarbeiten. Man muss nicht hetzen, um die Fachanforderungen zu erfüllen. Außerdem sind die Schultage in der Sekundarstufe I nicht so lang. Es bleibt mehr Luft für außerschulische Aktivitäten oder auch zum Treffen mit Freunden.

Auf der anderen Seite gibt es viele G8-Schulen, die gut laufen. G8 hat an vielen Gymnasien positive pädagogische Veränderungen gebracht. Viele Schulen sind weg von 45 Minuten Einzelstunden, es gibt neue Lernformen und die Fachanforderungen wurden angepasst, um die SchülerInnen nicht zu überfordern. Deshalb haben wir im Gesetz-

entwurf die Wahlmöglichkeit verankert, bei G8 oder GY zu bleiben. Wir Grüne hätten auch gut mit einer niedrigeren Hürde leben können.

Die Schulen müssen sich bis zum 23. Februar 2018 entscheiden, ob sie bei G8 oder GY bleiben wollen. Das ist, zugegeben, eine kurze Frist. Aber Schulen und Familien wollen Planungssicherheit. Die Familien wollen wissen, ob die Schule ihres Kindes bei der Umstellung 2019 ein G8 oder G9-Gymnasium ist. Außerdem diskutieren die Schulen bereits jetzt und sind dabei, sich ihre Meinung zu bilden.

Bis zur Entscheidung muss noch einiges geklärt werden. Zum Beispiel, wann in Zukunft die zweite Fremdsprache beginnt. Um dem Gymnasium ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber der Gemeinschaftsschule zu ermöglichen, wäre ein Beginn in der sechsten Klasse für uns Grüne eine sinnvolle Lösung. So machen es auch die meisten anderen Länder. Zu dieser und anderen Fragen der Umsetzung führen wir Gespräche. Genauso wie die Bildungsministerin.

Das ist auch ihre Pflicht. Wir als Parlament machen das Gesetz. Aber das Ministerium macht die dazugehörigen Erlasse und Verordnungen. Dies ist reines Regierungshandeln. So laufen Demokratie und Gewaltenteilung.

Bei der Umstellung auf G9 wollen wir, dass nicht die alten G9-Schubladen rausgezogen werden und das Gymnasium wieder zehn Jahre zurück katapultiert wird. Die guten pädagogischen Reformen an den Gymnasien müssen auch in G9 erhalten bleiben. Hier sind wir uns mit den Eltern und sehr vielen Lehrkräften einig.

Und die Schulträger? Sie sind nicht begeistert von einem weiteren Strukturwechsel. Das kann ich verstehen. Die Schulträger haben in den vergangenen zehn Jahren diverse Schulgesetzänderungen miterlebt und mussten immer ihre Räume und Ausstattung anpassen. Vom Kurssystem zur Profiloberstufe, Trägerschaft der Gymnasien vom Kreis zu den Kommunen, von Haupt- und Realschule zu Regional- und Gemeinschaftsschule, von G9 zu G8 und nun wieder zurück. Wir werden die Kommunen bei der Umstellung auf G9 unterstützen.

Wir haben in der Koalition vereinbart, die bis zum Aufwachen des 13. Jahrgangs frei werdenden Stunden zur Stärkung des Bildungsbereiches einzusetzen, zum Beispiel für 100 Prozent Unterrichtsversorgung und Inklusion.

Uns ist bewusst, dass die Rückkehr zu G9 an Gymnasien die Konkurrenzsituation zu Gemeinschaftsschulen vergrößern kann. Deshalb werden wir als Koalition die Gemeinschaftsschulen unterstützen, damit sie verstärkt eigene Profile entwickeln können und weiterhin eine starke Säule im Schulsystem bleiben. Ein Stützpfiler wird der Bildungsbonus sein, den wir am Freitag auf den Weg bringen werden. Auch die verstärkten Inklusionsmittel kommen den Gemeinschaftsschulen zugute.

Mit diesem Gesetzentwurf kümmern wir uns um die Gymnasien. Aber auch die anderen Schularten sind bei Jamaika in guten Händen.
